

muss man auf die beschriebene Methode der Manipulation »Übertreiben es wird schon etwas hängen bleiben« spiegeln. Siehe dazu III. 6.

Der gesamte Vorgang der Vereinigung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland ist ein Tummelfeld für nicht endende Versuche der Meinungsmache, politisch sehr erfolgreich und sachlich hoch problematisch, wie auch der nächste Vorgang zeigt: 1989 und 1990 war ich Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages. Wir waren bemüht darum, eine gute Lösung zu finden, und haben dort ernsthaft die Frage besprochen, wie die Währungen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland West verbunden und vereinigt werden sollten, zu welchem Kurs, wann und so weiter.

Von diesen Diskussionen im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages berichtete ich bei einer Wahlveranstaltung im Kreis Strausberg, im Vorfeld der Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Da meldete sich ein Bürger der DDR etwa so: Ich solle nicht weiter über die Währungsrelationen herumquatschen, entscheidend sei, dass Helmut Kohl die D-Mark bringe. – Was soll man darauf sagen? Die hoch-emotionale Propaganda wirkte und zerstörte jeden Versuch, Zeitpunkt und Kurs der Währungsumstellung rational und das heißt auch unter Beachtung der Frage, wie in der DDR möglichst viele Betriebe und Arbeitsplätze erhalten werden können, zu besprechen.

## **2. Der demographische Wandel und der angebliche Zwang zur staatlich geförderten privaten Vorsorge**

Dieser Komplex ist das Musterbeispiel für eine gut geplante und erfolgreiche Strategie der Meinungsmache mit dem Ziel, politische Entscheidungen herbeizuführen, die den Interes-

sen der Kampagnenplaner und ihren Auftraggebern zugutekommen.

Der finanzielle Hintergrund: Die Versicherungswirtschaft und die Banken haben spätestens in den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts erkannt, dass sie sich ein neues Geschäftsfeld erobern können, wenn sie Teile der bis dahin durch die Gesetzliche Rente, also durch die Landesversicherungsanstalten, heute Deutsche Rentenversicherung, betriebenen Altersversorgung dort herausbrechen und einen Teil der Rentenbeiträge in Systeme der privaten Vorsorge umleiten.

Es ging um Milliarden. Nehmen wir die Zahlen aus dem Jahr 2002, dem Jahr der Einführung des Privatvorsorge-Produktes »Riester-Rente«. Damals hatte die Gesetzliche Rentenversicherung einen Umsatz von 156 Milliarden Euro, die privaten Lebensversicherer einen solchen von 67 Milliarden Euro. Wenn nur 10 Prozent der Beiträge für die gesetzliche Rente abgezweigt würden, dann wäre das ein Umsatzplus von fast 16 Milliarden Euro bei den privaten Versicherern. Ein Riesengeschäft.

Die Banken und Versicherer sahen diese Chance und griffen schon in den Bundestagswahlkampf 1998 mit einer massiven Anzeigenkampagne ein. Bereits damals tauchte der Hinweis auf den demographischen Wandel in den Anzeigetexten auf.

Wir werden immer weniger, wir werden immer älter. Der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Jetzt hilft nur noch (staatlich geförderte) Privatvorsorge. Das waren die Lernschritte, die man auf vielfältige und massive Weise den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes beibrachte.

Man konnte die Verlogenheit dieser Argumentation damals schon sehen. 1997 beschrieb ich in einem kleinen Buch, *Mut zur Wende*, die Situation und die Absichten,<sup>3</sup> 1999 noch einmal in der Reihe »Kritisches Tagebuch« des WDR, dort

auch mit Bezug auf die Anzeigenkampagne im Bundestagswahlkampf 1998.

Die an der Teilprivatisierung der Altersvorsorge interessierten Wirtschaftskreise haben es über Propaganda und über Lobby erreicht, dass ihre Geschäfte vom Staat gleich mehrfach gefördert wurden:

Die Leistungsfähigkeit ihrer Konkurrenz, also der Gesetzlichen Rente, wurde systematisch vermindert – unter anderem durch willentliche Fixierung des Beitragssatzes auf maximal 20 Prozent, mit Nullrunden und der Anwendung eines sogenannten demographischen Faktors. Dieser Erosionsprozess wurde so weit und so lange betrieben, bis die Mehrheit erkennen musste, dass die Gesetzliche Rente für den Lebensabend nicht mehr ausreicht. Das war eine perfide Strategie. Sie ist übrigens immer noch zugange.

Das zweite Bein der Förderung der Finanzwirtschaft: Die private Vorsorge selbst wurde und wird vom Steuerzahler gefördert. Dafür hat man sich drei Modelle ausgedacht: die Riester-Rente, die Rürup-Rente und die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge durch die sogenannte Entgeltumwandlung. Das meint: Wenn ein Betrieb mit einer Versicherungsgesellschaft einen Vertrag für diese Art der betrieblichen Altersvorsorge abschließt, dann werden für die herangezogenen Löhne und Gehälter keine Lohnsteuer/Einkommensteuer und auch keine Sozialbeiträge abgezogen. Eine weitere Schwächung der Gesetzlichen Rente – neben allem anderen.

### **Ein Riesengeschäft**

Für die Finanzdienstleister und die Versicherungswirtschaft erwies sich dieser Coup als ausgesprochen attraktiv. 2005 verkündete einer der Hauptmatadore, der Finanzdienstleister

Carsten Maschmeyer, nach der Verlagerung von der staatlichen zur privaten Altersvorsorge stehe die Finanzdienstleistungsbranche »vor dem größten Boom, den sie je erlebt hat«. »Sie ist ein Wachstumsmarkt über Jahrzehnte ... .« »Es ist ... so, als wenn wir auf einer Ölquelle sitzen«, sagte Maschmeyer. »Sie ist angebohrt, sie ist riesig groß und sie wird sprudeln.«<sup>4</sup>

Für die meisten Menschen, die zum Beispiel eine Riesen-Rente abgeschlossen haben, erwies sich dies ganz und gar nicht als Geschäft, sondern als Flop. Das liegt schon daran, dass die privaten Vorsorgeprodukte und damit das Kapitaldeckungsverfahren sehr viel höhere Kosten verursachen als die Gesetzliche Rente und das Umlageverfahren – für den Betrieb, für die Werbung, für die Verwaltung. Bei der Riesen-Rente schwanken diese Kosten zwischen 10 und 25 Prozent. Die Deutsche Rentenversicherung kommt hingegen mit etwa 1 Prozent der Beiträge für Verwaltung und Betrieb der Gesetzlichen Rente aus.

### **Propaganda auf allen Kanälen**

Neben der Lobbyarbeit war die Propaganda die wohl entscheidende Methode, um sowohl die Multiplikatoren in den Medien als auch eine große Zahl von Menschen für die Umstellung auf staatlich geförderte private Altersvorsorgemodelle zu gewinnen.

Am 1. Januar 2002 trat die Riester-Rente in Kraft, zugleich auch die anderen Elemente. Immer wieder während des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend haben private wie auch Öffentlich-rechtliche Medien Propaganda für die private Vorsorge gemacht, meist bei Nutzung des angeblichen Hauptarguments, des demographischen Wandels. Es wurde dramatisiert und gelogen.

Zwei beispielhafte Elemente dieser Kampagne sind hier wiedergegeben:

Die Agitation des *Spiegel* war bedrückend primitiv.

In der *Bild*-Zeitung wurde die junge Generation gegen die ältere Generation ausgespielt – ein wiederkehrendes Motiv in vielen Publikationen und sogenannten Studien.



*Spiegel*-Cover zum demographischen Wandel.



*Bild*-Cover zum demographischen Wandel.

Die Fernsehsender widmeten ganze Wochen dem Thema Demographie und Altersvorsorge. Und immer mit der gleichen Tendenz. Die Propaganda war so massiv, dass wohl die meisten Menschen nicht durchschaute, was eigentlich durchschaubar war.

**Ausgestattet mit einer gehörigen Portion kritischen Verstandes kann man der Propaganda auf die Schliche kommen:**

Wir werden immer älter? Das ist nichts Neues, das war in den letzten hundert und mehr Jahren immer zu beobachten. Die Lebenserwartung stieg. Und dennoch ist das Umlageverfahren und die Gesetzliche Rente damit fertig geworden, und sogar noch mit der Belastung von zwei Weltkriegen.

Wir werden immer weniger. Das stimmt nicht. 1950 lebten in Ost- und Westdeutschland zusammen 68,7 Millionen Menschen. 2003 waren es 82,5 Millionen und heute sind es noch mehr, rund 83 Millionen Menschen. Glaube wenig.

Hinterfrage alles – das hätte einigermaßen vernünftige Leute überlegen lassen: Sind wir nicht ohnehin viel zu viele Menschen auf der Welt? Deutschland ist dicht bevölkert, mehr als doppelt so dicht wie Frankreich. Darf es nicht ein bisschen weniger sein?

Der Generationenvertrag trägt immer!? Immer müssen die lebenden arbeitsfähigen Menschen für die junge, noch nicht arbeitende Generation und für die alte, in die Rente gegangene Generation sorgen. Ob das gut gelingt, hängt von vielem ab. Zum Beispiel von der Erwerbsquote, also davon, ob alle Frauen, die gerne arbeiten wollen, auch wirklich die Möglichkeit dazu bekommen, und auch von der Höhe der Arbeitslosigkeit. Und vor allem, ist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität entscheidend. Wer hinterfragt, hat schnell feststellen können: Produktivität schlägt Demographie.

Hinterfrage alles: Warum ist der Beitragssatz für die Gesetzliche Rente auf den Maximalwert von 20 Prozent fixiert worden? Auch das war ein Mittel, um die Leistungsfähigkeit der öffentlich organisierten Rente zu verringern. Danke selbst – wer das tut, musste sich bei Einführung der Riester-Rente fragen, ob denn die 4 Prozent des Arbeitseinkommens, die dafür an die privaten Versicherer abgeführt werden mussten und müssen, nicht de facto eine Erhöhung des Beitragssatzes sind. In der Tat ist das so. Unsere Medien haben uns mehrheitlich nicht geholfen, diesen Trick zu durchschauen. Also: Danke selbst.

Jetzt hilft nur noch private Vorsorge? Wer kritisch hinterfragt, muss die Frage stellen, ob durch die Umstellung auf private Vorsorge irgendetwas an den demographischen

Verhältnissen verändert werden kann. Werden dann mehr Kinder geboren?

Wer selbst denkt, kann feststellen, dass das Umlageverfahren der Gesetzlichen Rente eine vorzügliche gesellschaftliche Einrichtung ist und der demographische Wandel diese Bewertung keinesfalls außer Kraft setzt. Die gesamte Argumentation ist absurd. Das konnte man von Beginn an wissen, wenn man gründlich hinterfragte.

### **3. Von der Finanzkrise zur Staatsschuldenkrise – ein Meisterstück der Umdeutung und Umbenennung**

Im Zuge der Finanzkrise, die man treffender eigentlich Spekulantenkrisis nennen sollte, wurde unglaublich viel geschummelt, gedreht und verdreht – zielgerichtet, so, dass die wirtschaftlich Mächtigen aus der Schusslinie und letztlich aus der Verantwortung genommen wurden. Stattdessen erschien der Staat am Ende als Übeltäter und Versager. Leidtragende waren dann die Steuerzahler.

Meinungsmache, mit teuren Folgen für die Steuerzahler, war aus meiner Sicht von Anfang an zu bemerken. Das Ziel war klar: Die Verantwortung für die Finanzkrise musste von der privaten Wirtschaft auf den Staat geschoben werden. Was dann noch an Risiken für die Finanzwirtschaft hängen blieb, sollte dort nicht allzu hart zu spüren sein, jedenfalls nicht bei den großen Finanzinstituten und ihren Eigentümern.

Dafür erfand man den Begriff »systemrelevante Banken«. Als systemrelevant galten zum Beispiel die Industriekreditbank (IKB), die HypoRealEstate (HRE), die Commerzbank und auch einige öffentliche beziehungsweise öffentlich-rechtlich organisierte Banken wie die WestLB, die Bayerische